

Bezugsgebühr:

Die Bezugsgebühr für das Jahrbuch ist 10 Pf. (Zehn Pfennig) und ist in der Regel mit dem ersten Heft zu entrichten. Bei Abnahme von mehreren Jahrbüchern ist die Bezugsgebühr entsprechend zu ermäßigen. Die Bezugsgebühr ist in der Regel mit dem ersten Heft zu entrichten. Bei Abnahme von mehreren Jahrbüchern ist die Bezugsgebühr entsprechend zu ermäßigen.

Telegraphisch: Dresden.
Postfach 1000.
Einsendungsfrist: 1. August 1907.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Matrapas

SULIMA

Feinste Cigarette

zu 2 1/2 - 10 Pf. pr. Stück

Anzeigen-Card.

Werbung im Anzeigen-Card ist nach dem 1. August 1907 nur noch in der ersten Ausgabe des Jahrbuchs zu machen. Die Anzeigen-Card ist in der Regel mit dem ersten Heft zu entrichten. Bei Abnahme von mehreren Jahrbüchern ist die Anzeigen-Card entsprechend zu ermäßigen.

Verlagsort: Dresden, 11. August 1907.

Biesolt & Lockes
Meissner Nähmaschinen
haben Vorrat
Haupt-Niederlage bei
M. Eberhardt, Mechaniker
Dresden, Marienstrasse 14.
Reparaturen aller Systeme in eigener Werkstatt.

Böhme u. Hennen - Victoriastrasse 9

gummiflörschn
E. Böhme
rother Gartenschlauch
E. Böhme, Victoriastrasse 9, Dresden.

Bestellungen auf die „Dresdner Nachrichten“ bei täglich 2 maliger Zustellung für Laubegast, Leuben, Niedersedlitz, Gross- u. Klein-Zschachwitz, Tolkowitz, Pillnitz, Hosterwitz, Nieder-Poyritz und Wachwitz sowie Inserate zu Originalpreisen nimmt entgegen Emil Plotenhaner, Laubegast.

Nr. 220. Spiegel: Das neue französische Ägypten. Einberufung, Landwirtschaftl. Arbeiterverhältnisse, Nutzmögliche Witterung: Vornburg, Landwirtschaftl. Genossenschaftsverband, Marokko. Warn, veränderlich. Sonnabend, 10. August 1907.

Das neue französische Ägypten.

Gewisse Dinge vollziehen sich in der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung der Menschheit in so klar erkennbarer Weise mit der elementaren Notwendigkeit eines Naturgesetzes, daß man förmlich das Walten einer schicksalhaften Macht greifbar zu fühlen und den in höherem oder geringerem Grade vorhandenen Ausschlag der menschlichen Entwicklungsfreiheit deutlich zu empfinden meint. Ein solches Beispiel erleben wir jetzt an der marokkanischen Affäre. Es ist, als sollte Frankreich in Marokko durch die Ereignisse selbst zur Vorrückung gedrängt werden, und wie um diesen Gang der Geschicke wirksam zu unterstützen, hat sich gerade jetzt, wo die Lage im Sudanat wieder kritisch geworden ist, mit der Kraft einer Art Selbstirregulation sämtlicher übrigen Regierungen eine unvermerkbare, augenscheinlich ziemlich hochgradige Marokkomündigkeit bemächtigt, die es sich gern gefallen läßt, daß die französische Republik dort die Aufgabe übernimmt, Ruhe und Ordnung wieder herzustellen und die an den verschiedensten Plätzen gefährdeten Europäer vor der grausamen Wut der durch das Schlagwort vom „heiligen Kriege“ aufgeschaukelten Eingeborenen zu schützen. Alle Kabinette haben die Pariser Regierung ihres Vertrauens und ihrer Zustimmung zu den von Frankreich ergriffenen Maßnahmen versichert, und die italienische Regierung ist sogar so weit gegangen, Herrn Clemenceau die Festlegung der Entschädigungssumme zu überlassen, die vom Sultan für die Tötung italienischer Staatsangehöriger gezahlt werden soll.

Um den Gegensatz in der Auffassung der marokkanischen Frage zwischen 1905 und 1907 in seiner ganzen unvermittelten Schärfe zu erkennen, muß man sich vorstellen, was passiert wäre, wenn im Jahre der Konflikte, 1905, französische Geschäfte ihre donnerschen Schlünde vor einer marokkanischen Hafenstadt geöffnet hätten. Das europäische Pulverfaß wäre aller menschlichen Voraussicht nach zur Explosion gekommen und hätte die Welt in Brand gesetzt. Heute aber: „Die andere Welt des Reiches auf mich ein!“ Europa will durchaus Ruhe haben, und wie stark dieses Verlangen gegenwärtig ausgebildet ist, geht mit besonderer Deutlichkeit aus der unveränderten Kalteblütigkeit hervor, die selbst Deutschland als der am meisten interessierte Partner der Algeciraskonferenz gegenüber der durch das Bombardement von Casablanca geschaffenen Lage beklundet. Daß die Beschließung von Casablanca an sich die Algeciraskonferenz durchbricht, kann nicht zweifelhaft sein, da sie ein Vorgehen Frankreichs auf eigene Faust ohne vorherige Ermächtigung durch die Vertragsstaaten darstellt. Unter Auswärtigen Amt hat aber gleich selbst den Grund herausgefunden, der trotzdem die Franzosen entschuldigt: es handelt sich nicht um eine von den Franzosen von langer Hand geplante und vorbereitete Aktion, sondern vielmehr um einen unerwarteten militärischen Zwischenfall, der durch den marokkanischen Angriff auf die ausgeschifften französischen Truppen verursacht wurde und Frankreich in den Stand der Notwehr versetzte. Diesen Standpunkt vertritt eine offizielle Erklärung in der „Rein. Ztg.“, worin der deutsche öffentlichen Meinung anempfohlen wird, die bisher gegenüber den marokkanischen Ereignissen beobachtete Zurückhaltung auch ferner zu bewahren, mit dem Einsatzen, daß das Vorgehen unserer westlichen Nachbarn zum Schutze der bedrohten Europäer und zur Sicherung der Handelsinteressen aller Nationen in Deutschland auf volle Sympathie rechnen könne. Gleichzeitig wird in der offiziellen Rundgebung betont, daß man in Berlin alles Vertrauen zu der Versicherung der französischen Regierung habe, alle ihre Maßnahmen würden sich streng im Rahmen der Algeciraskonferenz bewegen.

Demnach ist einstweilen kein Grund zur Besorgnis vorhanden, und die im Zusammenhang mit der Ewinemänder Kaiserbegegnung sowohl von deutscher wie von russischer Seite abgegebenen Erklärungen, daß die marokkanische Angelegenheit keine politischen Verwicklungen zur Folge haben würde, bestehen auch nach der Beschließung von Casablanca weiter zu Recht. Welcher deutsche nationale Politiker wollte darüber nicht Freude empfinden? Die Genugtuung des Augenblicks aber darf doch nicht mit einer völligen Verschleierung des Blicks in die nächste Zukunft erkaufte werden. Wir dürfen uns nicht selbst geistlich ein Z für ein U machen, sondern haben die unabwendbare nationale Pflicht, die Wahrheitsliebe einer weiteren Entwicklung in Rechnung zu ziehen, deren letztes Stadium die Vorrückung Frankreichs in Marokko bildet. Damit soll durchaus nicht angedeutet sein, daß es der gegenwärtigen französischen Regierung mit der Befestigung ihres Stützpunkts in

Bestimmungen der Algeciraskonferenz zu achten, etwa von vornherein nicht Ernst wäre. Es muß aber mit dem Schwerkampf der Dinge selbst gerechnet werden, das hier kaum anders wirken dürfte als in Ägypten und Korea. Wie dort England und Japan ihre Hand nicht wieder zurückgezogen haben, so erscheint auch in Marokko die Festlegung Frankreichs auf die Dauer unvermeidlich, nachdem es einmal so große Opfer für die „friedliche Durchdringung“ des Sultanats gebracht und sich in Marrakech, Udscha und Casablanca wohnlich eingerichtet hat. Selbstverständlich wird Frankreich sich hüten, Deutschland durch eine formelle Vernachlässigung der in Algeciraskonferenz Abmachungen einen Rechtsgrund zum Einschreiten zu geben. Derartige Delatationsplumpheiten werden wohl kaum eine neue Auflage erleben. Daß sie als abgetan gelten dürfen, beweist die tadellose Korrektheit in der Form, durch die sich die Haltung der französischen Regierung bei den jetzigen marokkanischen Vorfällen auszeichnet. Sichtlich aber bedeutet doch der Zugriff der Franzosen auf Casablanca bereits ein Vordringen in die eigentliche deutsche Interessensphäre; denn während die Nordküste Marokkos am Mittelmeer und die Obergrenze wegen der Nähe Algiers naturgemäß, wie auch in Algeciraskonferenz ausgeprochen worden ist, unter die französische Vorrückung fallen, ist Casablanca an der Westküste vom Atlantischen Ozean eine vorwiegend deutsche Domäne, wo der deutsche Einfluß das Szepter führt.

In dem Bestreben, aus Marokko ein französisches Ägypten zu machen, werden die Franzosen von der englischen Presse kräftig ermuntert. Die Londoner Blätter erinnern daran, daß auch ein Bombardement, die Beschließung von Alexandria, zur Angliederung Ägyptens an Großbritannien führte, und erklären ohne Umschweife, Europa sei „verpflichtet“, die Eroberung und spätere Verwaltung Marokkos Frankreich anzuvertrauen, weil dieses dem Willen und der Fähigkeit besitze, die Last einer solchen Verantwortung zu übernehmen. Wenn die Dinge tatsächlich, wie zu erwarten, im allmählichen Fortschreiten auf dieses Ziel aufzuehen, so wird Deutschland, falls nicht ganz unberechenbare Umstände eintreten, nicht ahermals, wie 1905, mit einem barischen „Quos ego!“ dazwischen fahren. In unserem amtlichen Verhalten gegenüber der marokkanischen Frage sind wir jetzt wieder auf den Standpunkt zurückgekommen, den wir vor 1905 einnahmen, als Fürst Bülow den Kritikern seiner Marokkopolitik im Reichstage die Frage entgegenhielt: „Soll ich etwa Marokko wegen vom Boden ziehen?“ Damit natürlich keineswegs gesagt sein soll, daß wir uns nun auf Knall und Fall alles ruhig gefallen lassen müßten. Unsere Diplomatie hat vielmehr auch unter den veränderten Zeitumständen die ernste Pflicht, nichts, was möglich ist, zu verabsäumen, um unseren Interessen in Marokko auch in Zukunft die gebührende Berücksichtigung zu sichern und zu verhüten, daß sie im Schatten Frankreichs verkümmern. Nur das ist erforderlich, daß wir den Tatsachen ruhig ins Auge sehen und uns der klaren Erkenntnis nicht verschließen, was unsere Zustimmung zu der Umwandlung Marokkos in ein französisches Ägypten für uns bedeutet: das Eingeständnis, daß wir die im Jahre 1905 von uns beanspruchte Rolle in Marokko nicht aufrecht erhalten können, weil in dem Spiele der europäischen Mächte Frankreichs auszusprechen und die Ausschüttung deutscher Truppen in Marokko fordern. Begreifen läßt sich der patriotische Unmut schon; denn der Niederlage, der von der jetzigen Entwicklung der marokkanischen Frage zurückbleibt, ist ziemlich unbegreiflich. Wird doch dadurch der nachträgliche Beweis erbracht, daß die Algeciraskonferenz, weit entfernt, für uns ein Ruhmesblatt darzustellen, lediglich eine goldene Rückgangsbrücke bildete, die es uns erlaubte, mit halbwegs guter Manier aus einer heißen Lage herauszukommen, in die uns allzu großer, am unrechten Orte betätigter Apfelmus gedrückt hatte. Trotz dieser gewiß unangenehmen Erkenntnis wäre es aber angesichts der gesamten Weltlage, die sich gerade jetzt zu unseren Gunsten zu bessern beginnt, gründlich verfehlt, wollten unsere nationalen Kreise den früheren Fehler der Diplomatie wiederholen und bei der weiteren Behandlung der Marokko-Angelegenheit ohne zwingende Not eine Schärfe hervorkehren, die nur einer Erneuerung der Kritik von 1905 Vorschub leisten würde.

Neueste Drahtmeldungen vom 9. August.

Landwirtschaftl. Genossenschaftsverband.
Münster (Priv.-Tel.) Der Landwirtschaftliche Genossenschaftsverband hat folgende Beschlüsse gefaßt:

träge an: 1. den des Bankdirektors Thria (Farmstadt): „Der 23. Deutsche landwirtschaftliche Genossenschaftstag“ 1. durch Einbürgerung und Ausbreitung des Scheckverkehrs in immer weiterem Kreise der Bevölkerung, unterstützt durch eine geeignete einheitliche Regelung des Ueberweisungs- und Abrechnungsverkehrs, wird das geldverwehrende Brauchliegen, wie Ein- und Vertriebs von viel harter Geldmittel zum Vorteil des gesamten Wirtschaftens vermieden oder doch auf ein natürliches Maß beschränkt. 2. Die Lücken, Mängel und Widersprüche des heutigen Rechtszustandes hinsichtlich des Scheckverkehrs im allgemeinen, das Fehlen einer gesicherten Rechtsgrundlage für den Scheck selbst stehen jedoch der Entwicklung, dem weiteren Ausbau des Scheckverkehrs hindernd im Wege. Der in seinen verschiedenen Arten und Formen rechtlose Scheck nimmt daher heute nicht den ihm gebührenden Platz als geeignetes Zahlungsmittel im modernen Zahlungsverkehr ein. 3. Zur Vereinfachung dieser Verhältnisse ist in erster Linie der Erlaß eines neuen, den Bedürfnissen des modernen Zahlungsverkehrs entsprechenden Scheckgesetzes geboten. Dieses Gesetz darf keine Lücken, den Verkehr hemmenden Strafbestimmungen enthalten; es muß vor allem bestimmen: a) daß der Scheck weder mit dem Reichsstempel noch mit Landeshauptstempel belegt werden darf; b) daß der Scheck nicht nur auf Banken und Bankiers, sondern auch auf eingetragene Kreditgenossenschaften gezogen werden darf; c) daß der Scheck auf ein Guthaben des Ausstellers bei dem Bezogenen, das ebensoviel ein Bargeldguthaben, wie ein Kreditguthaben sein kann, ausgeschrieben werden muß; d) daß der Scheck binnen 15 Tagen zur Zahlung vorzulegen ist und, falls der Bezogene Mitglied einer Abrechnungsstelle ist, daß die Einführung des Schecks bei dieser oder einer angeschlossenen Einzahlungs- Stelle als Voraussetzung bei dem Bezogenen gilt; e) daß ein Scheck, der von dem Aussteller oder einem Inhaber mit dem quer über die Vorderseite geschriebenen oder gedruckten Zusatz „Nur zur Verrechnung“ versehen ist, als „Verrechnungsscheck“ von dem Bezogenen nicht bar, sondern nur durch Verrechnung mit dem Inhaber, einem Kontoinhaber des Bezogenen oder einer Abrechnungsstelle eingelöst werden darf, und daß die Verrechnung als Zahlung im gesellschaftlichen Sinne zu gelten habe; f) daß Abrechnungsstellen, die seitens einer Vereinigung von Scheckbezogenen eingesetzt sind, als Abrechnungsstellen im Sinne des Gesetzes zu gelten haben; g) daß im Falle der Nichterfüllung jedem Scheckinhaber Recht gegen Aussteller und Indossanten zusteht. Zur Ausübung dieses Rechtes sollte der Scheckprotokoll nach den Vorschriften der Wechselordnung im Gesetz keine Ausnahme finden; h) daß der Widerruf eines Schecks nicht vor Ablauf der Vorlegungsfrist zulässig ist. 4. Damit der Scheck auch tatsächlich zur Vereinfachung des Zahlungsverkehrs und zur Erparung von Geldumlaufmitteln in allen Kreisen der Bevölkerung sich einbürgert, bedarf es weiterhin zentraler Abrechnungsstellen mit einem Reich und reich funktionierender Einzahlungsstellen. 5. Der Zentralanwalt wird daher ersucht: a) darauf hinzuwirken, daß bald ein gutes, die Verhältnisse und Bedürfnisse der Allgemeinheit, wie der ländlichen Bevölkerung und ihrer Kreditorganisationen gehörig berücksichtigendes Scheckgesetz geschaffen wird; b) die Einrichtungen für einen zweckmäßigen Scheckeinzugsdienst, wie sie in der Scheckeinführung des Reichsverbandes bereits getroffen sind, für das ganze Reichsverbandesgebiet weiter auszubauen; c) das Wesen, die Vorteile und die Anwendung des Schecks als modernes Zahlungsmittel in belehrenden Schriften zur allgemeinen Kenntnis zu bringen. — 2. Den des Verbandesdirektors Regierungsrats Reich (Berlin): 1. Der Scheckverkehr führt, namentlich wenn die Einlagen veranlaßt werden, zur Postparasie. 2. Die Postparasie in Verbindung mit dem Scheckverkehr würde das Genossenschaftswesen, insbesondere die ländlichen Spar- und Darlehnsstellen schädigen: a) durch Entziehung von Spareinlagen und durch eine dem platten Lande, wie überhaupt dem Mittelstande nachteilige Konzentration des Depositenwesens; b) durch Vernichtung der vielversprechenden Anfänge des genossenschaftlichen Scheckverkehrs, dessen Ausbau ein dringendes Erfordernis ist. Der Genossenschaftstag erklärt daher: Die Einführung des Scheckverkehrs und der Postparasie ist als eine das Genossenschaftswesen schädigende Maßregel zu verwerfen.

Zum Nordprozeß Dan.
Berlin. (Priv.-Tel.) Der Karlsruher Berichterstatter des „Lok.-Anz.“ hatte eine eingehende Unterredung mit dem Verteidiger Daus, dem Rechtsanwalt Dr. Dieck. Danach steht es für Dies außer Zweifel, daß das Verhältnis Daus zu Olga Wolstor schon seit Jahren bestanden habe, so, es sei erwiesen, daß letztere in Vicoia ein recht engerer Kontakt zwischen Olga und Daus sich entsponnen habe, der nur zeitweise, durch bittliche Trennung bedingt, von Daus auf Vicoia übertragen worden sei. Die Angaben Daus, sie habe mit Daus nichts zu tun gehabt, seien danach sehr anfechtbar, wenn sie auch behauptet wurden. Die Ehe Daus mit Vicoia habe von vornherein unter dem äußeren Eindruck bestanden, daß Daus die Olga liebe. Die dauernden Eifersüchteleien hätten schließlich in Paris zu einem völlig haltlosen Zwiespalt geführt, als dessen Folge das bewusste Telegramm Daus aus Paris anzu- sehen sei. Daus konnte, wie er mit Olga stand, ihr nicht sagen: Keine ab! Andererseits hatte er nicht den Mut, der in voller Not ankommenden Schwiegermutter die Wahrheit zu sagen. In Paris war Vicoia dann zeitweise aus Paris geflohen. Während dieser Zeit habe Daus mit Olga Fortsetzungen in Vicoia geführt. Das den Selbstmord der Frau Daus anlangend, so sei das Motiv hierfür auch nur in der Eifersucht zu suchen. Vicoia Daus hätte einge- sehen, daß sie als franke Frau doch ihrem Manne nicht